

MITTEILUNGEN

des Bundes für radikale Ethik, e.V.

Geschäftsstelle: BERLIN W. 15, Düsseldorfer Straße Nr. 23.

Eine in zwangloser Folge erscheinende Zeitschrift für Mitglieder und Freunde des Bundes.

Nummer 6.

Dezember 1922.

Neue Schriften.

I. Zusammen mit dieser Nummer der „Mitteilungen“ senden wir unsern Mitgliedern die soeben erschienene Schrift

„Das Recht zur Gewaltanwendung“

von Magnus Schwantje. 48 Seiten. Preis 60 Mark.

Durch Buchhandlungen zu beziehen vom Verlag Neues Vaterland, Berlin W 62.

In den letzten Monaten sind die Kosten der Druckerei-Arbeiten und des Papiers so sehr gestiegen, daß es uns nicht möglich ist, einen geringeren Preis als 60 Mark festzusetzen. Wahrscheinlich werden wir sogar schon nach wenigen Wochen den Preis erhöhen müssen. Wenn nicht das Papier, auch das feine Umschlag-Papier, schon vor langer Zeit gekauft worden wäre, so müßte die Broschüre schon jetzt mindestens 100 Mark kosten. — Wir liefern aber in diesem Jahre **allen unseren Mitgliedern 1 Exemplar kostenfrei** und wollen denen, die bis zum 14. Dezember mehrere Exemplare bestellen, für jedes weitere Exemplar **den ermäßigten Preis von 50 Mark berechnen**. Wer **mindestens 10 Exemplare** bestellt, erhält sie für je 40 Mark portofrei. Falls nicht mehr als 2 Exemplare nachbestellt werden, berechnen wir als Porto jedes Exemplars 6 Mark.

Wir bitten unsere Mitglieder, die Schrift auch zum Weihnachtsfest zu verschenken. Durch den kostbaren Umschlag erhält sie ein so schönes Aussehen, daß auch Leute, die auf den Weihnachtstisch nur fein ausgestattete Schriften legen mögen, sie als Weihnachtsgeschenk benutzen können.

Alle Mitglieder, die nach dem Lesen unserer neuen Schrift uns für deren Zusendung dankbar sind, insbesondere alle, die uns in diesem Jahre weniger als 60 Mark gezahlt haben, **denen aber eine Erhöhung des Beitrages nicht schwer fällt**, bitten wir um eine **Nachzahlung zum Mitgliedsbeitrag**. Wir würden es nicht wagen, allen unsern Mitgliedern die Schrift kostenfrei zu liefern, wenn wir nicht erwarteten, daß das Lesen der Abhandlung die meisten Mitglieder zur Zahlung eines Sonder-Beitrages oder zur dauernden Erhöhung ihres jährlichen Beitrages veranlassen wird. Wir müssen bis zum Ende des Dezember Sonder-Spenden im Betrage von mindestens 30 000

Mark einnehmen. Sonst geraten wir in große Bedrängnis. Genauere Mitteilungen über unsere geschäftliche Lage stehen auf den Seiten 11–14 dieses Heftes.

II. Am 13. November ist

Nr. 2 der „Ethischen Korrespondenz“

erschienen. (Siehe den Aufsatz über dieses Blatt in Nr. 4 der „Mitteilungen“, sowie den Bericht über den Erfolg der 1. Nummer in unserm Jahresbericht in Nr. 5.) Um Porto und Druckkosten zu sparen, haben wir den Umfang der 2. Nummer auf 2 Quartseiten beschränkt. Die Nummer enthält: 1.) Auszüge aus der Schrift „Das Recht zur Gewaltanwendung“, 2.) eine von Justizrat Max Beyer verfaßte Besprechung dieser Schrift, 3.) den auch in dieser Nummer der „Mitteilungen“ enthaltenen Aufsatz „Zum Weltfrieden durch Kriegsdienst-Verweigerung“ und 4.) einen kurzen Ausspruch Romain Rolland's über die Grausamkeit des Menschen gegen die Tiere. — Bis jetzt haben wir die neue Nummer der E. K. an etwa 600 Redaktionen gesandt. — Allen Mitgliedern, die uns darum ersuchen, senden wir die E. K. gern kostenfrei. Wir bitten unsere Mitglieder, die Redakteure von Tagesblättern und Zeitschriften zu ersuchen, Aufsätze aus der E. K. nachzudrucken. Der Nachdruck wird kostenfrei gestattet.

III. Am Ende des November ist ein

neues Schriften-Verzeichnis

unsers Bundes gedruckt worden. Wir senden es unsern Mitgliedern zusammen mit dieser Nummer unsers Vereinsblattes. Da auf der 4. Seite der § 2 der Satzung abgedruckt wird und die Bedingungen, unter denen wir neue Mitglieder aufnehmen, mitgeteilt werden, so kann das Schriften-Verzeichnis auch als Werbeblatt benutzt werden. Wir liefern unsern Mitgliedern einige Exemplare kostenfrei.

Die Geschäftsleitung.

Inkonsequenter Pazifismus.

Mord und Totschlag ist so verfehmt, wie ein Verbrechen es überhaupt nur sein kann... Einen Menschen, der einen andern ermordet hat, nimmt man nicht so leicht unter sein Dach; man scheut die Berührung mit ihm, als ob er verpestet wäre.... Selbst solche Menschen, denen sich das Haar sträubt beim Gedanken an die Greuel des Krieges und die die Fluchwürdigkeit dieses sanktionierten Mordens fühlen, ja, sogar solche, die sich zu Vorkämpfern der Friedensidee gemacht haben, sie setzen sich mitten in ihren Friedenskongressen zu Tisch, um mit der größten Seelenruhe eine Forelle oder ein Kotelett zu verspeisen. Sie lassen mit der selben Gedankenlosigkeit, mit der der Munitions-Fabrikant seine Ware zur Front spediert, alle möglichen unschuldigen Tiere schlachten, um sich mit deren Fleisch den Magen zu füllen. Es kommt ihnen auch nicht in den Sinn, daß es doch wenigstens zu erwägen wäre, ob der Mensch ein Recht hat, armen,

schutzlosen, ihm an Kraft unterlegenen Wesen, die ihm nichts zu Leide getan haben, das Einzige zu nehmen, was sie überhaupt besitzen, das Leben. „Das Leben ist der Güter höchstes nicht“, pflegt man in Fällen notwendiger Lebensaufopferung zu sagen. Und für den Menschen ist es in der Tat nicht der Güter höchstes, wenn es auch einem Menschen schlecht ansteht, einen andern mit dieser Begründung ums Leben zu bringen. Denn das Leben ist trotz allem ein verhältnismäßig hohes Gut, es ist die Vorbedingung für die Verwirklichung aller höheren Güter, und nur wo diese auf dem Spiele stehen, lohnt sich der Einsatz des Lebens. Für das Tier vollends, das die Möglichkeit eines geistigen Lebens entbehrt, ist das Leben das höchste der Güter. — Selbst aber abgesehen davon, giebt das Schlachten, ja auch nur das Halten der Tiere so viel Anlaß zur Grausamkeit, es bietet den niedrigsten und gemeinsten Instinkten der Menschen ein so ausschweifend reiches Betätigungsfeld, daß schon dies allein Grund genug wäre, einmal ernstlich darüber nachzudenken, ob man nicht allem Fleischgenuß entsagen sollte, und dann natürlich auch darüber, wie das Wirtschaftsleben organisiert werden könnte, wenn man darauf verzichten wollte, Tiere für die bloße Lust der Menschen zu töten. Solange es Berufsarten wie die des Schlachters, des Jägers, und Fischers giebt, bei denen systematisch ein schreckliches Maß von Grausamkeit gezüchtet wird, ist auch nicht zu erwarten, daß die Grausamkeit der Menschen gegen den Menschen erlöschen wird. Und jeder, der sich irgendwie an dem Genuß beteiligt, der die Frucht eines grausamen Gewerbes ist, macht sich teilhaftig der Schuld an der Grausamkeit und Gemeinheit, die er vielleicht gelegentlich wahrnimmt, deren tieferen Gründen er aber in der Regel nicht nachspürt. Daß man die Abscheulichkeit des Tiermordes auf sorgfältigste verschleierte, daß man den zarten Nerven Rücksicht trägt, die dem Anblick einer blutigen Metzger-Schürze nicht gewachsen wären, die sich aber den Genuß eines Stückes Tierleiche nicht entgehen lassen wollen, wenn nur sein Ursprung durch Saucen und Garnituren verdeckt ist, daß man so sentimental ist, nicht einmal den Grausamkeiten ins Gesicht sehen zu können, die man doch will und heischt, das ist nicht etwa eine Entschuldigung, sondern es enthält eine noch größere Anklage, es ist der Ausfluß einer grenzenlosen Feigheit: man mordet, aber es fehlt die Kraft, dem Opfer Aug' in Aug' zu sehen... — So weit haben wir es gebracht, daß wir lügen, stehlen und morden, ohne uns auch nur klar zu machen, daß wir es tun. Ja, wir wollen es uns nicht klar machen. Wir haben gelernt, unser Gewissen immer schnell zu betäuben, wenn es sich regt und uns zur Besinnung mahnt. Wir wollen gar nicht darüber nachdenken, was alles Unrecht ist. Denn fänden wir, daß dies und jenes, was uns zu einer angenehmen Lebensgewohnheit geworden ist, ein Verbrechen ist, so müßten wir, um gewissenhaft zu sein, diese Gewohnheit wohl oder übel aufgeben. So begnügen wir uns damit, das Verbrechen in der Theorie zu verpönen und auch praktisch da wirklich zu meiden, wo Gesetz und Sitte es brandmarken. Aber wir hüten uns geflissentlich, genau zu ergründen, was alles zu den Verbrechen gehört. Die innere Wahrhaftigkeit, die darin besteht, daß man sich selbst kein X für ein U

macht, fehlt uns. Das Christentum kennt dieses Gebot der inneren Wahrhaftigkeit. Und die Menschheit weiß seit zweitausend Jahren, was es bedeutet, Buße zu tun. Doch gelernt und betätigt hat sie es nicht.

Bertha Gysin.

(Aus der Schrift „Pädagogisches und politisches Ideal“, Nr. 25–26 der Schriften-Sammlung „Öffentliches Leben.“)

Tagung des Internationalen Jugendbundes.

Der Internationale Jugendbund wurde am Ende des Krieges gegründet. Sein geistiger Leiter ist der Professor der Philosophie an der Universität Göttingen **Leonard Nelson**. Über die Ziele des Bundes unterrichten die folgenden Sätze aus seiner Satzung und seinem Programm:

„Sein Zweck ist der Aufbau einer Partei der Vernunft unter der Jugend aller Völker.“ — „Die Politik der Vernunft muß zu allererst eine Politik des **Rechts** sein... Daher wendet sich diese Politik gegen jede Ausbeutung der Person als bloßen Mittels... Sie bekämpft Bildungsmonopole so gut wie Wirtschaftsmonopole und verlangt daher für jeden die gleiche, auch materiell gesicherte Möglichkeit, zu der seinen Fähigkeiten entsprechenden Bildung zu gelangen. — Sie tritt ein für die Geltung des Rechts nicht nur im Staate, sondern auch zwischen den Staaten und verlangt unter Verwerfung jeder sozial- wie kulturpolitischen Neutralität die tätige Mitarbeit aller Rechtliebenden an der moralischen Vorbereitung des Völkerbundes. — Zur Ausschließung des politischen Dilettantismus und Demagogentums erstrebt sie eine **Auslese und Ausbildung begabter Führerpersönlichkeiten**, wie sie nur durch die Errichtung einer **philosophisch-politischen Akademie** erreicht werden kann, auf der Charakter, Einsicht und Organisationskunst gleichmäßig gebildet werden. — Das Majoritätsprinzip, das mit der Politik der Vernunft unvereinbar ist, ist zu ersetzen durch das Prinzip der Führerschaft des jeweils Einsichtigsten und Selbstlosesten, ein Prinzip, dessen Durchsetzung im öffentlichen Leben schließlich zur Aufrichtung einer Herrschaft der Weisen führen soll.“

Die meisten Mitglieder gehören **Ortsgruppen** an, die ihre Angehörigen in regelmäßigen Zusammenkünften planmäßig auszubilden und zu sozialen Arbeiten anzuleiten suchen. Auch die körperliche Gesundheit wird in den Ortsgruppen, durch körperliche Übungen und durch Wanderungen, gepflegt.

Die öffentliche Tätigkeit des I. J.-B. bestand bisher hauptsächlich in der Herausgabe der **Schriften-Sammlung „Öffentliches Leben“** (Verlag „Der Neue Geist“, Leipzig). (Ein vollständiges Verzeichnis dieser Schriften liegt dieser Nummer der „Mitteilungen“ bei.)

In Zeitschriften und Tagesblättern findet man nur sehr selten eine Mitteilung über die Ziele und die Tätigkeit des Jugendbundes. Er hat aber dennoch eine größere Zahl eifriger Anhänger gewonnen als viele Vereine, die in der Presse viel von sich reden machen.

Die letzte **Tagung** des I. J.-B., die am 10. August 1922 in Göttingen stattfand, war von ungefähr 200 Personen besucht, trotzdem außer den Mitgliedern nur einige eingeladene Freunde an ihm teilnehmen durften. Wenn man bedenkt, wie schwach in unserer Zeit, hauptsächlich infolge der Erhöhung der Reisekosten, auch die Zusammenkünfte großer Verbände besucht werden, so muß man sich darüber wundern, daß ein Bund, der bisher nur im Stillen wirken konnte und dessen Tagung nicht von großen Blättern angekündigt wurde, einen solchen Kongreß veranstalten konnte. Man kann auch hieraus ersehen, daß die Presse die kulturellen Bestrebungen unserer Zeit nur sehr unvollständig abspiegelt. — Ich wurde durch den ganzen Verlauf der Tagung, an der ich auf Einladung der Bundesleitung teilnahm, davon überzeugt, daß die Anhänger des Bundes von dem ernstesten Willen, dessen Ideale zu verwirklichen, beseelt sind; und ich glaube auch, daß es dem Bunde bald gelingen wird, einige seiner großen Pläne auszuführen.

Die meisten Bestrebungen des Internationalen Jugendbundes werden auch vom **Bund für radikale Ethik** gefördert; und die übrigen stehen denen unsers Bundes nicht entgegen. Besonders steht uns der **Jugendbund** deshalb nahe, weil er auch das **Recht der Tiere** zur Anerkennung zu bringen sucht, und weil er auf die **persönliche Lebensweise** seiner Anhänger großen Wert legt. Daher werden in den „**innern Kreis**“ einer Ortsgruppe nur **Vegetarier** aufgenommen. In der Einladung zur letzten Tagung wurde bemerkt, daß die Teilnahme an ihr und an den sich anschließenden Wanderungen nur Personen gestattet sei, die wenigstens während dieser Zusammenkünfte sich des **Fleisch-, Alkohol- und Tabakgenusses** enthalten wollen. Von unserer Schrift „**Hat der Mensch das Recht, Fleisch zu essen?**“ hat der I. J.-B. schon mehr als 200 Exemplare verbreitet. **Leonard Nelson** lebt schon seit vielen Jahren vegetarisch. — Aus einer vom I. J.-B. herausgegebenen Schrift von **Bertha Gysin**, die zu den Führern des Bundes gehört, drucke ich in dieser Nummer der „**Mitteilungen**“ eine vom Vegetarismus handelnde Stelle ab.

Leider fehlt mir hier der Raum zu einem ausführlichen Bericht über den Verlauf des Bundestages und über die Verhandlungen der „**Gesellschaft der Freunde der philosophisch-politischen Akademie**“, die am nächsten Tage stattfanden. Unsere Mitglieder werden aber später über die Entwicklung des I. J.-B. und der von ihm gegründeten Akademie unterrichtet werden.

Magnus Schwantje.

Zum Weltfrieden durch Kriegsdienst-Verweigerung.

Der „**Bund der Kriegsdienstgegner**“ hat soeben ein kleines Flugblatt herausgegeben, dem wir die folgenden Angaben entnehmen. Das Blatt kann durch die Berliner Geschäftsstelle des genannten Bundes, Charlottenburg 9, Nußbaumallee 17 (Martha Steinitz) gegen Zahlung eines Beitrages zu den Druckkosten, dessen Höhe der Besteller selber bestimmen möge, bezogen werden.

1905. Als zwischen Norwegen und Schweden Krieg auszubrechen droht, fordern die Jungsozialisten zur Kriegsdienstverweigerung auf, und der Ausbruch des Krieges wird verhindert.

1909. Während des Kolonialkrieges Spaniens gegen Marokko fordert Ferrer mit solchem Erfolge zum Generalstreik auf, daß Spanien zeitweise seine Truppen zurückziehen muß.

1914/18. In England und Amerika verweigern 12 000 Männer und eine Anzahl Frauen jeden Kriegsdienst und jede Arbeit zur Förderung des Krieges. Während die Bestrebungen vereinzelter gleichgesinnter Helden in den andern Ländern scheitern und in zahlreichen Fällen zu ihrer Hinrichtung führen, bleiben in England und Amerika die Regierungsmaßnahmen infolge der straffen Organisation und der geschlossenen Haltung der Kriegsdienstverweigerer unwirksam. Wohl sterben viele in der Gefangenschaft, aber die Regierungen wagen nicht die Tausende zum Tode zu verurteilen. Der Widerstand der Kriegsdienstgegner ist stärker als die Macht der Regierungen, — sie bleiben Sieger.

1919. Abschaffung der Wehrpflicht in Deutschland, England und Amerika, somit Freigabe der Propaganda gegen den Kriegsdienst.

1920. Der Kapp-Putsch wird durch den Generalstreik der Arbeiter, also den waffenlosen Widerstand, in wenigen Tagen niedergedrungen.

1920. Englische Arbeiter weigern sich, Waffen und Kriegsmaterial für den Kampf gegen Sowjetrußland zu transportieren. Der von den Regierungen der Entente geplante Krieg gegen Sowjetrußland kommt infolgedessen nicht zum Ausbruch.

Die internationale Generalstreikdrohung verhindert den Einmarsch der Ententetruppen in das Ruhrgebiet.

1922. Der Internationale Gewerkschaftskongreß in Rom, hinter dem 24 Millionen Arbeiter stehen, erklärt es für die Aufgabe der organisierten Arbeiterschaft, allen Kriegen, die in Zukunft auszubrechen drohen, durch jedes Mittel entgegenzutreten, das der Arbeiterbewegung zur Verfügung steht und im Notfall den tatsächlichen Ausbruch solcher Kriege zu verhindern, indem der internationale Generalstreik proklamiert und durchgeführt wird.

Die neue Verpflichtungs-Formel des Bundes der Kriegsdienstgegner ist auf Seite 46 unserer Schrift „Das Recht zur Gewaltanwendung“ abgedruckt.

Resolutionen des XI. Deutschen Pazifisten-Kongresses.

Das Deutsche Friedens-Kartell, dem auch der Bund für radikale Ethik angehört, veranstaltete vom 2. — 5. Oktober 1922 in Leipzig den XI. Deutschen Pazifisten-Kongreß. Wir drucken im Folgenden einige der wichtigsten Resolutionen des Kongresses ab:

Kriegsdienst-Verweigerung.

Der Kongreß erblickt eines der vornehmsten Prinzipien jeder staatlichen und internationalen Gesetzgebung in dem Rechte des Einzelnen, frei über sein Leben zu verfügen. In Bewunderung des heroischen Beispiels, das die Heeresdienstverweigerer vieler Länder, vor allem während des Krieges die conscientious objectors in England und Amerika, gegeben haben, sieht der Kongreß eine der vorzüglichsten Sicherungen gegen jeden Krieg in der Verweigerung der Gefolgschaft (Kriegsdienstverweigerung).

Zugleich erklärt er sich für Unterstützung aller der Volkskreise, die die Notwendigkeit erkannt haben, den tatsächlichen Ausbruch eines Krieges durch die Proklamation und Durchführung eines internationalen Generalstreiks zu verhindern. In diesem Sinne begrüßt er auf das wärmste die Beschlüsse der Gewerkschafts-Internationale von Amsterdam und Rom.

Der Kongreß spricht sich dafür aus, daß mit der Propaganda für Kriegsdienstverweigerung und für Generalstreik jene für Unterlassung der Herstellung und des Transports von Kriegsmaterial Hand in Hand gehe.

Friedens-Sonntag.

Der 11. Deutsche Pazifistenkongreß fordert alle deutschen Kulturorganisationen auf, mit einzutreten gegen den Krieg. In die Not der Gegenwart hat uns der Krieg geführt, aus ihr heraus finden können wir nur durch den Kampf gegen den Krieg. Insbesondere fordern wir alle religiösen Organisationen auf, daß sie ein klares Bekenntnis zur Völkerversöhnung ablegen, die wahre Religion der Menschenliebe verkündigen und mit uns durch die Tat das Gebot vertreten: Du sollst nicht töten! Wir regen in Übereinstimmung mit dem englischen Pazifismus an, in allen Kirchen den letzten Sonntag vor Weihnachten als Friedens-Sonntag einzuführen und nach dem Vorbild englischer und amerikanischer kirchlicher Organisationen ihre Anhänger einzuladen, teilzunehmen an den Kundgebungen „Nie wieder Krieg“, da die Sehnsucht nach Erlösung von Menschenmord in allen Menschenherzen lebt, die guten Willens sind.

Neue Schulbücher.

Der 11. Deutsche Pazifistenkongreß richtet an die Regierungen der Länder das dringende Ersuchen, die sofortige Abschaffung der alten Lehrbücher der höheren, wie der Volksschulen zu verfügen, deren Inhalt nicht mit dem § 148 der Reichsverfassung in Einklang zu bringen ist. Er erwartet schleunigste Einführung von Unterrichtsbüchern, die geeignet sind, die Grundlage für eine Erziehung der Jugend im Geiste der Republik, der Völkerversöhnung und der sozialen Gerechtigkeit abzugeben. . . .

Als ein Mittel zur Völkerverständigung sollte auch eine Weltsprache gelehrt werden.

Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund.

In einer Resolution wird die deutsche Regierung aufgefordert, an die nächste Versammlung des Völkerbundes den Antrag zu stellen, Deutschland in den Völkerbund aufzunehmen. Diese Forderung wird begründet in der Schrift „Völkerbund und Friedensbewegung“ von Ludwig Quide (Flugschrift der Deutschen Friedensgesellschaft, Berlin SW 68, Zimmerstraße 87. 24 Seiten. Preis 10 M.)

Im Anschluß an den 11. Pazifistenkongreß fand die Hauptversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft statt, welche die folgenden Resolutionen annahm:

Die Stellung zu den politischen Parteien.

Die Deutsche Friedensgesellschaft kämpft für die endgültige Beseitigung des Krieges, als einer unsittlichen und unsinnigen Form der Auseinandersetzung zwischen Menschengruppen. Sie studiert die zu diesem Zwecke tauglichen Mittel, propagiert sie und wendet sie selber nach Kräften an. — Ihre besondere politische Aufgabe verbietet ihr, sich einer bestimmten politischen Partei zu verschreiben. Sie strebt grundsätzlich die Mitarbeit aller Volksgenossen an, die das gleiche Ziel verfolgen wie sie selbst. Im übrigen ist die ihr gemäße Haltung nicht die der sogenannten politischen Neutralität. Vielmehr unterstützt sie alle Parteien und Gruppen des öffentlichen Lebens, die bewußt für die endgültige Beseitigung des Krieges arbeiten und bekämpft die Parteien und Gruppen, die diesem Ziele zuwiderhandeln.

Volksabstimmung über die Abrüstung.

Es geht von den Pazifisten Australiens die Anregung aus, in allen Ländern gleichzeitig eine Volksabzählung über allgemeine und vollständige Abrüstung herbeizuführen. Der 11. Deutsche Pazifistenkongreß richtet an die Reichsregierung und den Reichstag die dringende Aufforderung, unter der Voraussetzung, daß das geplante Referendum in allen Staaten stattfindet, auch in Deutschland einen derartigen Volksentscheid herbeizuführen.

Förderung des Antimilitarismus durch den Internationalen Gewerkschafts-Bund.

Der Internationale Gewerkschafts-Bund, dem Gewerkschaftsverbände mit insgesamt 24 Millionen Mitgliedern angehören, faßte auf seinem Kongreß in Rom am 20. April 1922 eine Resolution gegen Krieg und Militarismus, deren wichtigsten Stellen die folgenden sind:

„Der Kongreß erklärt, daß der Kampf gegen Militarismus und Krieg und für den auf Verbrüderung der Völker gegründeten Weltfrieden eine der Hauptaufgaben der Gewerkschaftsbewegung ist, die sich den Umsturz des kapitalistischen Systems zum Ziele gesetzt hat.

Der Kongreß erklärt, daß es vor allem Pflicht der Gewerkschaftsbewegung ist, gegen jeden politischen und wirtschaftlichen Nationalismus zu kämpfen, ebenso wie gegen den Abschluß oder die Beibehaltung von Bündnissen oder von Vereinbarungen, die zu militärischen Aktionen nach gemeinsamem Pläne führen können.

Der Internationale Kongreß erklärt, daß die organisierten Arbeiter die Pflicht haben, allen in Zukunft drohenden Kriegen mit allen der Arbeiterbewegung zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenzuwirken und den tatsächlichen Ausbruch eines Krieges durch die Proklamierung und Durchführung eines internationalen Generalstreiks zu verhindern.

Der Kongreß erklärt, daß alle dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen gewerkschaftlichen Landeszentralen sowie die mit dem Internationalen Gewerkschaftsbunde verbundenen Internationalen Berufssekretariate und ihre respektiven Organisationen die Pflicht haben, durch eine unter den Arbeitern der respektiven Länder in Wort und Schrift ausgeübte Propaganda eine kräftige und unerbittliche Kampagne gegen den Militarismus zu führen und die Arbeiter für den Kampf gegen den Militarismus so vorzubereiten, daß sie willig und bereit sind, jedem Appell an die Solidarität der Arbeiterklasse Folge zu leisten und wenn nötig einem Aufruf des Internationalen Gewerkschaftsbundes im Falle einer tatsächlichen Kriegsdrohung durch sofortige Arbeitsniederlegung nachzukommen.

Der Kongreß unterstützt die Bemühungen der internationalen Berufsorganisationen, die überall die Kontrolle der Fabrikation von Waffen und Kriegsmaterial aller Art durchführen, diese Fabrikation einschränken und auf das Minimum für den Zivilgebrauch reduzieren.“

Vom 10.—15. Dezember 1922 wird der Internationale Gewerkschaftsbund einen Weltfriedens-Kongreß in London veranstalten. An diesen hat das Deutsche Friedens-Kartell den Antrag gestellt, die folgenden Beschlüsse zu fassen:

„Im Anschluß an die Beschlüsse von Amsterdam und Rom erklärt der Internationale Weltfriedenskongreß es für die Pflicht der Gewerkschaften und der pazifistisch organisierten Gruppen aller Länder:

1.) Im Falle einer Mobilmachungsordre der jeweiligen Regierung gegen einen anderen Staat unter allen Umständen in den Generalstreik zu treten und so lange darin zu verharren, bis die Regierung ihre Ordre zurückgenommen und andere Maßnahmen (durch Anrufung von internationalen Schiedsgerichten usw.) zur Regelung des Streitfalles getroffen hat.

2.) Diesen Generalstreik schon jetzt in allen Ländern organisatorisch und finanziell vorzubereiten, und zu diesem Zweck Kommissionen einzusetzen, die mit Vollmachten zu versehen und von einer internationalen Kontrollinstanz zu überwachen sind.

3.) Das Verantwortlichkeitsbewußtsein zu stärken durch systematisches Hinweisen auf den engen Zusammenhang der individuellen Kriegsdienstverweigerung mit dem Generalstreik, da beide Maßnahmen nur durch gegenseitige Unterstützungen wirksam werden.

4.) Im Zusammenhang mit den Arbeitsämtern der Gewerkschaften Arbeitsämter zu schaffen, die in allen Ländern eine Umstellung der Rüstungsindustrie in produktive Industrie in die Wege leiten, damit die allgemeine Abrüstung möglichst bald ohne wirtschaftliche Gefährdung der Rüstungsarbeiter vollzogen werden kann.“

Konferenz der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit.

Vom 7.—9. Dezember 1922 wird im Haag eine von der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit veranstaltete internationale Konferenz stattfinden. Sie wird von den selben Frauen-Verbänden einberufen, die vom 28. April bis zum 1. Mai 1915 im Haag einen internationalen Kongreß veranstalteten, auf dem die Leitsätze für einen Friedens-Vertrag, der einen dauernden Frieden herstellen würde, beraten wurden. (Die Ethische Rundschau hat in ihrem „vierten Friedensheft“ über diesen Kongreß berichtet.) Damals schämten sich eine große Anzahl deutscher Frauen, darunter auch Führerinnen angesehener Frauen-Vereine, nicht, in einer Resolution den deutschen Frauen, die an dem Kongreß teilnahmen, ihre Mißachtung auszusprechen, weil sie sich mit Kriegsgegnerinnen in Staaten, mit denen das Deutsche Reich Krieg führte, zu gemeinsamer Arbeit für die Abkürzung der Menschenschlächtereie verbanden. (Vielleicht werde ich noch einmal über diese lächerliche Resolution und über das Verhalten der Frauen, die sie verfaßten oder ihr zustimmten, berichten. M. S.) Jetzt müssen diese kriegsbegeisterten Patriotinnen einsehen, wie viel Unglück ihrem Vaterland und der ganzen Welt erspart worden wäre, wenn die kriegführenden Staaten den Krieg eher beendet und einen Frieden gemäß den Vorschlägen jenes Kongresses abgeschlossen hätten. Auch die jetzt einberufene Konferenz wird die Vorbedingungen für die Herstellung eines dauernden Friedens untersuchen. Die deutschen Gruppen der Frauenliga versenden die folgende Einladung zur Konferenz:

„Ein neuer Friedel — Ein Ruf an die Frauen.

Der Welt droht Vernichtung.

Überall erheben sich Stimmen, die erklären, daß Europa am Rande des völligen Verfalls steht. Sie sprechen die Wahrheit aus.

Es ist ein verhängnisvoller Moment. Wenn in Mitteleuropa aus furchtbarer Verzweiflung blutiger Aufruhr ausbricht, kann er nicht eingedämmt werden. Die unvermeidbare Folge wäre völlige Anarchie, unsagbare Verelendung des Volkes und Zusammensturz von allem, was uns wert ist.

Die Friedensverträge tragen die Schuld daran. Sie waren auf Rache und Haß gegründet. Diese Grundlage muß geändert werden. Wir brauchen einen neuen Frieden.

Viele Frauen in allen Ländern haben das tief empfunden. Sie haben gelitten, geschwiegen, gewartet. Jetzt sind sie entschlossen, zusammenzukommen und zu sagen, was gesagt werden muß.

Im Haag, wo im Jahre 1915 Frauen aus kriegführenden und neutralen Ländern versuchten, dem Kriege Einhalt zu tun, werden sie sich am 7. Dezember 1922 wiederum vereinigen, um im Sinne der damals gefaßten Beschlüsse einen Weg zum Wiederaufbau alles dessen zu suchen, was so jammervoll vernichtet worden ist. Dort werden Frauen zusammenkommen aus Australien, Belgien, Bulgarien, Canada, Dänemark, Deutschland, England, Finnland, Frankreich, Griechenland, Holland, Irland, Italien, Mexiko, Neuseeland, Norwegen, Österreich, Polen, Schweden, Schweiz, Tschecho-Slowakei, Ungarn, Uruguay, Vereinigten Staaten von Amerika.

Zum Aufbau eines neuen Friedens sollen die politischen, wirtschaftlichen, militärischen und psychologischen Zustände Europas neu beleuchtet und Maßnahmen zu ihrer völligen Umgestaltung ausgearbeitet werden.

Wer jetzt den im Haag versammelten Frauen hilft, der hilft der Welt.“

Außer diesem Aufruf versenden die deutschen Gruppen die „Leitsätze für die Resolutionen und Diskussionen der Konferenz“.

Beitritts-Erklärungen und Anfragen, welche die Arbeit der deutschen Gruppen betreffen, sind zu richten an die deutsche Hauptstelle der Internationalen Frauenliga in München, Kaulbachstr. 12, oder an eine Ortsgruppe. Anfragen betreffend die Konferenz nur an das Konferenz-Bureau in Amsterdam, Valeriusplein 5.

Der Weltfriedenskongreß in London,

der im September 1922 stattfand, zeigte durch seinen ganzen Verlauf, daß in den meisten Ländern die radikale Strömung in der Friedensbewegung seit dem Kriege sehr angewachsen ist. Es scheint, daß die meisten Teilnehmer an dem Kongreß auf dem Standpunkt der Vereine der Kriegsdienst-Verweigerer standen. — Vielleicht wird unser Vereinsblatt nach dem Erscheinen des Kongreß-Berichtes Mitteilungen über einige Verhandlungen des Kongresses veröffentlichen.

Aufforderung zur Zahlung der Beiträge.

Trotzdem wir in den Nummern 2 und 5 der „Mitteilungen“ erklärten, wie sehr unsere gesammte Tätigkeit dadurch gehemmt wird, daß viele Mitglieder nicht regelmäßig in jedem Jahre ihren Beitrag senden, und welches schwere Opfer unserm ehrenamtlich für den Bund arbeitenden Vorsitzenden und Geschäftsleiter dadurch auferlegt wird, daß er viele Mitglieder an die Fälligkeit des Beitrages erinnern und das Geld durch Nachnahme einziehen muß, haben viele Mitglieder noch nicht den Beitrag für das Jahr 1922 und viele auch noch nicht den für frühere Jahre gezahlt. Hätten die meisten dieser Mitglieder in der ersten Hälfte des Jahres ihre Pflicht zur Zahlung des Beitrages erfüllt, so hätten wir in diesem Sommer mehrere Schriften drucken lassen können, deren Herstellung jetzt mehrere Zehntausend Mark mehr kostet

als vor einigen Wochen. Allein die Herstellung der Schrift „Das Recht zur Gewaltanwendung“ hätte noch im August etwa 30 000 Mark weniger gekostet. Um **mehrere Zehntausend Mark** haben diese Mitglieder uns also dadurch geschädigt, daß sie uns nicht das kleine Opfer bringen wollten, den Mitglieds-Beitrag durch die Post abzusenden. Wir glauben, daß die weitaus meisten dieser Mitglieder nicht in betrügerischer Absicht die Zahlung unterließen, sondern deshalb, weil sie die Arbeit der Geldsendung und den Zeitverlust, den die Abgabe des Geldes am Postschalter verursacht, scheuten. Wir raten daher allen Mitgliedern, **sich ein Postscheckkonto einrichten zu lassen**. Dann brauchen sie, um Geld zu versenden, nur einen Postscheck auszuscheiden und diesen, unfrankiert, in einen Briefkasten zu stecken. Auch brauchen sie dann nicht, um Geldsendungen zu empfangen, zu einer bestimmten Zeit in ihrer Wohnung zu bleiben, damit der Geldbriefträger sie antrifft. Die Postscheck-Gebühren sind so gering, daß auch jeder, der nur 10–12 Mal im Jahre Geld zu versenden hat, viel Geld spart, wenn er ein Postscheckkonto anlegen läßt. Wenn der Inhaber eines Postscheckkontos Schriften von uns erhalten will, so kann er uns den Preis **g e b ü h r e n f r e i** überweisen und auf dem Abschnitt des Schecks die gewünschten Schriften angeben. Also weder die Bestellung noch die Zahlung kostet ihm Porto.

Wir ersuchen alle Mitglieder, die uns Beiträge schulden, uns das Geld noch in diesem Jahre zu senden; denn wir brauchen es dringend.

Sehr freuen würde es uns, wenn viele Mitglieder ihren Mitglieds-Beitrag für das nächste Jahr schon in diesem Jahr schickten; denn wir müssen im Dezember noch große Rechnungen bezahlen.

Die Mitglieder, die nicht wissen, ob sie schon den Beitrag für 1922 gezahlt haben, bitten wir, nicht zuerst zu fragen, ob sie uns noch Geld schulden, — denn das Briefporto ist teuer —, sondern ohne Weiteres einen Betrag zu schicken. Falls der Beitrag für dieses Jahr schon früher gesandt wurde, so notieren wir den neuen für das Jahr 1923; und aus der Einnahmen-Liste, die wir am Anfang des nächsten Jahres veröffentlichen werden, können sie dann ersehen, für welche Jahre sie die Beiträge gezahlt haben.

Den Mitgliedern im Deutschen Reich senden wir hiermit eine **Post-scheck-Zahlkarte**. Leider werden wir wahrscheinlich nicht noch einmal Zahlkarten an die meisten Mitglieder senden können, da eine Zahlkarte mit dem Aufdruck der Adresse und der Kontonummer jetzt ungefähr 1,50 M. kostet und wahrscheinlich bald noch viel mehr kosten wird. Wir bitten daher die Mitglieder, die uns in den nächsten Wochen kein Geld senden wollen, die Zahlkarte sorgfältig aufzubewahren.

Beschlüsse der 15. ordentlichen Hauptversammlung.

Dem Vorstande wurde die **Entlastung** gewährt. — Die bisherigen Vorstands-Mitglieder und die bisherigen Kassenprüfer wurden **wieder-gewählt**.

Die vom Vorstand beantragte **Änderung der Paragraphen 2 und 3 der Satzung** wurde beschlossen. Das Amtsgericht zu Charlottenburg hat diese Satzungs-Änderung genehmigt und in das Vereins-Register eingetragen.

Erhöhung des Mitglieds-Beitrages.

Der Vorstand hat am 5. November 1922 beschlossen, den geringsten Mitglieds-Beitrag für neue Mitglieder auf 100 Mark zu erhöhen. Die schon vor dieser Beitrags-Erhöhung beigetretenen Mitglieder brauchen jedoch nach einer neuen Bestimmung des § 3 der Satzung (abgedruckt in Nr. 5 der „Mitteilungen“) auch für die späteren Jahre nur den Beitrag zu zahlen, durch dessen Zahlung zur Zeit ihres Beitritts die Mitgliedschaft erworben werden konnte. Der Vorsitzende ist vom Vorstand ermächtigt worden, Personen, die durch Schriften, in denen der Bund einen geringeren Beitrag forderte, zum Beitritt veranlaßt wurden, den Beitrag für das erste Jahr zu ermäßigen.

Neue Preise unserer Schriften.

Durch die in den letzten Monaten eingetretene Geldentwertung sind wir genötigt worden, die Preise unserer Schriften zu erhöhen, die meisten auf das **Zehnfache** des am Anfang dieses Jahres festgesetzten Betrages. Die neuen Preise sind in dem **neuen Schriften-Verzeichnis** angegeben. Auch diese Preise sind noch verhältnismäßig niedrig. Eine Nummer aus Reclam's „Universal-Bibliothek“, die früher 20 Pfennige kostete, kostet jetzt 80 Mark; unsere neue Schrift „Das Recht zur Gewaltanwendung“ aber nur 60 Mark. Wahrscheinlich werden im nächsten Jahre weitere Preis-Erhöhungen nötig sein. Wir raten unseren Mitgliedern, noch in diesem Jahre Schriften von uns zu bestellen und sie auch als **Weihnachts-geschenke** zu benutzen. Bücher und Broschüren gehören noch immer zu den wohlfeilsten Geschenken. Für den Betrag, den eine kleine Tafel Schokolade kostet, kann man schon eine große Sammlung von Broschüren von uns beziehen, die den Beschenkten vielleicht eine segensreiche Anregung für das ganze Leben geben werden.

Eingünstiges Angebot. Die seit der Beendigung des Krieges von uns herausgegebenen 12 Broschüren (Umfang mit den „Anhängen“ 470 Seiten) liefern wir unsern Mitgliedern, falls sie bis zum 14. Dezember 1922 bestellt werden, portofrei für 210 Mark, anstatt für 343 Mark. Den Mitgliedern, die andere Schriften unsers Verlages im Preis von mindestens 300 Mark bis zum 14. Dezember bestellen, gewähren wir einen Nachlaß von 30% Rabatt. Kleinere Bestellungen können wir **i n d e r R e g e l** nur zu den in dem neuen Schriften-Verzeichnis angegebenen Preisen ausführen. Mitgliedern, die nicht viel mehr als das von den statistischen Ämtern errechnete Existenz-Minimum einnehmen, sowie solchen, die unsere Bestrebungen auch durch Werbearbeit unterstützen, und denen, die uns große Mitglieds-Beiträge und Sonder-Beiträge gezahlt haben, liefern wir aber auch jetzt noch **s e h r**

gern jede gewünschte Menge der von uns herausgegebenen Schriften zu einem ermäßigten Preise.

Wer vor dem Weihnachtsfest Schriften von uns zu erhalten wünscht, wird gebeten, die Bestellung so früh abzusenden, daß sie bis zum 14. Dezember in unsern Besitz gelangt. — Die vom 1.—14. Dezember ankommenden Bestellungen können erst zwischen dem 15. und dem 18. ausgeführt werden, da am Anfang des Dezember unser Geschäftsleiter sich auf einer Reise befinden wird.

Ueber unsere Pläne.

Mehrere wichtige Pläne können wir in diesem Jahre infolge der in den letzten Monaten eingetretenen Geldentwertung nicht ausführen. Wir hoffen aber, daß unsere Mitglieder trotzdem mit unserer Arbeit in diesem Jahre zufrieden sein und durch Erhöhung ihrer Beiträge uns helfen werden, im nächsten Jahre größere Arbeiten zu vollbringen, als es uns in diesem Jahre möglich war.

Wir beabsichtigen im Jahre 1923 mehrere Flugblätter herauszugeben, durch die wir unserer Bewegung neue Anhänger gewinnen zu können glauben. Auch hoffen wir, unseren Mitgliedern bald neue Broschüren kostenfrei liefern oder zu günstigen Bedingungen anbieten zu können.

Eine Bitte des Vorsitzenden.

In den letzten Monaten habe ich zahlreiche Briefe, auch viele wichtige, unbeantwortet liegen lassen müssen. Meine Überbürdung mit Arbeiten ist jetzt größer als je zuvor, da ich in den letzten Jahren fast ganz auf Entlastung durch bezahlte Bureau-Gehilfen verzichten mußte und seit dem Sommer 1921 auch noch durch mehrere unglückliche Ereignisse lange am Arbeiten für den Bund verhindert wurde. Ich bitte daher alle Mitglieder, denen ich einen Brief schulde, zu gestatten, daß ich ihnen erst später oder überhaupt nicht antworte.

Ich bitte aber alle Gesinnungsgenossen dringend, sich durch meine Überbürdung mit Arbeit nicht davon abhalten zu lassen, mir brieflich ihre Ansichten über die Schriften unsers Bundes und über seine gesammte Tätigkeit mitzuteilen, mir Ratschläge zu geben, mir über den Erfolg ihrer Werbearbeit und auch über ihre persönlichen Angelegenheiten zu berichten usw. Ich muß unbedingt über die Ansichten meiner Mitarbeiter und über ihre Tätigkeit für unsere Bestrebungen unterrichtet sein; und ich möchte auch sehr gern an ihrem persönlichen Leben teilnehmen. Selbst ein langer Brief kann ja in wenigen Minuten gelesen werden. Nur bitte ich zu verzeihen, daß ich auch manche wichtige Briefe erst spät und viele andere überhaupt nicht beantworte.

„Ethische Rundschau“ und „Mitteilungen“.

Zahlreiche Mitglieder und Freunde haben mich gefragt, ob die „Ethische Rundschau“ nicht wieder erscheinen wird. Aus Gründen, die ich hier wegen Mangels an Raum nicht angeben kann, ist es aber beinahe ausgeschlossen, daß ich jemals wieder eine solche Zeitschrift herausgeben werde. Wenn der Bund aber nur den 5. Teil des Geldes einnimmt, das ich zur Herausgabe einer Zeitschrift von der Art der Ethischen Rundschau brauchen würde, so werden wir fortan öfter eine Nummer der „Mitteilungen“ herausgeben und in diesem Blatt solche Aufsätze veröffentlichen, daß es einen kleinen Ersatz für die „Ethische Rundschau“ bieten wird. — Auch hoffen wir dann durch unsere „Ethische Korrespondenz“ viele Blätter veranlassen zu können, Aufsätze über unsere Bestrebungen zu veröffentlichen. M. S.

Neue lesenswerte Schriften.

Wir können in unsern „Mitteilungen“, die hauptsächlich Vereins-Nachrichten enthalten sollen, leider nur wenige Schriften besprechen. Auch die Titel der meisten neuen Schriften über die Bestrebungen, die unser Bund fördert, können wir wegen Mangels an Raum hier nicht angeben. Nur auf einige können wir unsere Mitglieder durch Anführung der Titel hinweisen. Wir empfehlen unsern Mitgliedern und Freunden, die hier angezeigten Bücher und Broschüren zu lesen, erklären aber nicht unsere Zustimmung zu allen in ihnen ausgesprochenen Ansichten.

Die hier angegebenen Grundpreise müssen mit der vom Börsenverein der Deutschen Buchhändler festgesetzten Entwertungszahl multipliziert werden. Am Ende des November 1922 war die Entwertungszahl 300. Jede Buchhandlung kann über die letzte Änderung der Ziffer Bescheid geben.

Helene Stöcker. Kriegsdienst-Verweigerung. Flugschrift des Bundes der Kriegsdienstgegner, Charlottenburg 9, Nußbaumallee 17. 1922.

Armin T. Wegner. Die Verbrechen der Stunde — die Verbrechen der Ewigkeit. — Totenklage für Armenien. — Die Botschaft an Asien. — Die wichtigsten Daten aus der Geschichte der Kriegsdienst-Verweigerung. Verlag Neues Vaterland, Berlin W. 62. 1922. 64 Seiten. Grundpreis 50 Pf. (Die Mitglieder des Bundes der Kriegsdienstgegner können diese Schrift zum Preis von 40 Mark erhalten; siehe die Anzeige auf Seite 46 unserer Schrift „Das Recht zur Gewaltanwendung“.)

Bericht über den Internationalen Antimilitaristischen Kongreß im Haag. Verlag: „Der Syndikalist“, Berlin. 1922. (Zu beziehen für 10 Mark vom Bund der Kriegsdienstgegner, Charlottenburg 9, Nußbaumallee 17.)

Ludwig Quidde: Völkerbund und Demokratie. 2., vermehrte Auflage. Verlag Neuer Staat, Berlin SW. 11. 1922. 32 Seiten.

Der größte Teil dieser Schrift ist auch enthalten in der schon auf Seite 8 dieser Nummer der „Mitteilungen“ angezeigten Flugschrift:

„Völkerbund und Friedensbewegung“. Verlag der Deutschen Friedensgesellschaft, Berlin SW. 68, Zimmerstr. 87. 24 Seiten.

Eduard Bernstein: Der Streik. Sein Wesen und sein Wirken. 2. Auflage. Verlag von Rütten & Loening, Frankfurt am Main. 1920. 154 Seiten.

Die 1. Auflage erschien im Jahre 1906. Die 2. ist durch Aufsätze über den Streik im Kriege und über den Streik in der Revolution vermehrt worden. Über den zur Verhinderung eines Krieges unternommenen Streik sagt Bernstein auf Seite 132:

„Keinem in den Weltkrieg eingetretenen Lande hätte ein solcher auch nur im annähernden Verhältnis den Verlust an Menschen und Gütern zugefügt, von der furchtbaren Schädigung der Kultur gar nicht zu reden, die der Krieg selbst in den siegreichen Ländern verursacht hat. Er war jedenfalls ernsthafterer Erwägung wert, als ihm von Seiten der deutschen Sozialdemokratie zuteil geworden war. Als einer, den dieser Vorwurf gleichfalls trifft, glaube ich sagen zu müssen, daß meine Parteifreunde und ich, verleitet durch die Art des deutschen Parteikampfes, wie dieser vor dem Kriege geführt wurde, die sozusagen kalkulatorisch feststellbaren Faktoren überschätzt, die unwägbar und dabei doch oft so bedeutungsvollen Momente dagegen unterschätzt haben.“

E. J. Gumbel: Vier Jahre politischer Mord. Verlag der Neuen Gesellschaft, Berlin-Fichtenau. 1922. 150 Seiten, mit zahlreichen Tabellen.

Eine erweiterte Ausgabe des in Nr. 4 der „Mitteilungen“ angezeigten Buches „Zwei Jahre Mord“.

Die Obstbau-Siedlung Eden in Oranienburg in den ersten 25 Jahren ihres Bestehens. Herausgegeben vom Vorstand. Verlag der Siedlung. 1920. 136 Seiten. Mit Bildern.

Die von Vegetariern im Jahre 1895 gegründete Kolonie ist die größte deutsche Siedlung auf der Grundlage gemeinsamen Bodenbesitzes und genossenschaftlicher Arbeit und eines der erfolgreichsten aller genossenschaftlichen Unternehmungen.

M. Hindhede: Die neue Ernährungslehre. Übersetzt von F. Landmann. Verlag von Emil Pahl, Dresden-A. 16. 1922. 160 Seiten. Grundpreis: geheftet 1,20 Mark, gebunden 1,50 Mark.

Alfred W. Mac Cann: Kultursiechtum und Säuretod. Übersetzt von A. von Borosini. Verlag von Emil Pahl, Dresden-A. 16. 1921. 378 Seiten. Grundpreis: geheftet 3 Mark, gebunden 4 Mark.

Hermann Stanger: Tabak und Kultur. 2. Auflage. Verlag von Emil Pahl, Dresden-A. 16. 1922. 117 Seiten. Grundpreis 1,50 Mark.

Kurt Hiller: Der Aufbruch zum Paradies. Sätze. Kurt Wolff Verlag, München. 1922. 163 Seiten. Grundpreis 3 Mark.

R. N. Coudenhove-Kalergi: Ethik und Hyperethik. Verlag Der Neue Geist, Leipzig. 1922. 125 Seiten. Grundpreis: geheftet 1,50 Mark, gebunden 2 Mark.

Hans Vorst: Revolution und Todesstrafe. Verlag Der Neue Geist, Leipzig. 1921. Grundpreis 50 Pf.